

›Seiteneinsteiger‹

Zur Konjunktur und Semantik einer politischen Grenzgängerfigur im späten 20. Jahrhundert

Kristoffer Klammer

1 Einleitung: Die Stollmann-Episode des Sommers 1998 – mehr als ein Zufall?

Im Bundestagswahlkampf 1998 strebten die Sozialdemokraten mit Kanzlerkandidat Gerhard Schröder an der Spitze danach, Wechselstimmung im Land zu erzeugen. Mit ihrer zentralen Losung versprachen sie »Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit« und spürbaren Wandel nach sechzehn Jahren christlich-liberaler Koalition.¹ Zeichen des Wandels versuchte die SPD nicht nur inhaltlich und im Wahlkampfstil zu setzen. Im Frühsommer, bevor das politische Bonn in eine kurze Sommerpause abtauchte, präsentierte Schröder nach und nach die Mitglieder seines Schattenkabinetts und vermochte durchaus zu verblüffen. Denn unter ihnen befanden sich nicht nur bekannte Parteigesichter, sondern auch zwei bislang politisch kaum in Erscheinung getretene Köpfe: der Journalist, Verleger und spätere *Zeit*-Herausgeber Michael Naumann und – insbesondere – der parteilose Düsseldorfer IT-Unternehmer Jost Stollmann. Naumann sollte für Kultur, Stollmann für Wirtschaft verantwortlich zeichnen. Mit ihrer Nominierung konnte Schröder einen Coup landen; sie wurde medial weithin wahrgenommen und unter dem Schlagwort der Chancen und

¹ Beschluß des außerordentlichen Parteitages der SPD am 17. April 1998 in Leipzig. Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit. SPD-Programm für die Bundestagswahl 1998, <https://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/retro-scans/a98-04467.pdf> (letzter Zugriff 8.9.2023).

Probleme von »Seiteneinsteigern«² im politischen Geschäft verhandelt. In der taz beschäftigte sich der Göttinger Parteienforscher Peter Lösche am Beispiel Stollmanns mit Schröders Personalvorschlägen. Unter dem Titel »Mühen der Ebene« skizzierte er vor allem Geschichten des Scheiterns früherer »Seiteneinsteiger«³ – vom Wissenschaftsmanager Hans Leussink, der im ersten Kabinett Willy Brandts das Bildungs- und Wissenschaftsressort leitete, über *Spiegel*-Gründer Rudolf Augstein, der ab Ende 1972 drei Monate lang für die FDP im Bundestag saß, bis zum Soziologen Ralf Dahrendorf, der zwischen Ende der 1960er und Mitte der 1970er Jahre als FDP-Landtags- und Bundestagsabgeordneter, Außenamts-Staatssekretär und EG-Kommissar verschiedene politische Funktionen ausübte (und seinen Memoiren selbst den Titel »Über Grenzen«⁴ gab).⁵ Zwar attestierte Lösche der SPD taktische Raffinesse, schließlich fügte sich Stollmann »hervorragend in die sozialdemokratische Wahlkampfstrategie [ein] und verkörpert das Image von »Innovation«. [...] Mit Schwung, unkonventionell polemisiert Stollmann gegen alte Denke, gegen alte Politik.«⁶ Trotzdem schätzte Lösche die Chancen Stollmanns auf langfristigen Erfolg als gering ein. Denn, so der Politikprofessor, »in der Politik geht nichts mit Hauruckverfahren. Anders als in einem Unternehmen der Manager kann der Politiker nicht einfach Anweisungen geben. Die Kunst und das Alltagsgeschäft des Politikers bestehen vielmehr darin, Menschen zu überzeugen« – in Arbeitskreisen, Parteigremien, nicht zuletzt im Parlament.⁷ Lösche weiter: »Die Profession des Politikers besteht darin, Kompromisse auszuhandeln, Konsens herzustellen, Koalitionen aus divergierenden Interessen, Gruppen

2 Doppelte Anführungszeichen sind allein Zitaten vorbehalten. Um einen bestimmten Begriff und/oder dessen semantischen Gehalt zu thematisieren, werden einfache Anführungszeichen verwendet.

3 Um sperrige Konstruktionen genauso wie das durchgehende generische Maskulinum zu vermeiden, wird im Folgenden beliebig wechselnd mal die männliche, mal die weibliche Form verwendet, wenn politische Figuren im Allgemeinen und unabhängig von ihrem Geschlecht thematisiert werden, es mithin nicht um konkrete Personen geht.

4 Ralf Dahrendorf: *Über Grenzen. Lebenserinnerungen*, München 2002.

5 Zu Dahrendorfs politischer Biografie und Karriere wissenschaftliche Maßstäbe setzend: Franziska Meifort: *Ralf Dahrendorf. Eine Biographie*, München 2017, hier bes. S. 146–199.

6 Peter Lösche: »Stollmann: Warum politische Seiteneinsteiger selten erfolgreich sind. Die Mühen der Ebene«, in: taz vom 1.7.1998, <https://taz.de/!1337378/> (letzter Zugriff 8.9.2023).

7 Ebd.

und innerparteilichen Fraktionen zu schmieden. [...] Fast alle Seiteneinsteiger sind daran bisher gescheitert«.⁸

Lösches Skepsis wurde nur bedingt geteilt. In einer *Emnid*-Umfrage für den *Spiegel* begrüßten 44 Prozent der Befragten Stollmanns Nominierung, weil so »endlich mal neue Gesichter in das Politikgeschäft« kämen, während 22 Prozent sie als »reine Wahlkampfaktik« ablehnten und beachtliche 34 Prozent zu der Frage keine Meinung hatten oder äußern wollten.⁹ Und in der *Zeit* begrüßte Gunter Hoffmann unter der Überschrift »Außenseitern eine Chance. Die Politik gehört nicht nur den Parteien – sie braucht unabhängige Geister« Schröders Nominierungen ausdrücklich.¹⁰

Ex post indes sollte Lösche Recht behalten. Trotz des Wahlsiegs der SPD im September 1998 wurde Stollmann nicht Wirtschaftsminister. Entnervt von den Machtspielen des SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine um den Zuschnitt des Wirtschaftsministeriums zog er noch vor Amtsantritt der rot-grünen Bundesregierung zurück.¹¹ An seiner Stelle war bis 2002 der ebenfalls parteilose ehemalige Energie-Manager Werner Müller ein eher unauffälliger Minister, bis er von SPD-Schwergewicht Wolfgang Clement abgelöst wurde. Auch Michael Naumann amtierte nur kurzzeitig. Von Februar 1999 bis Dezember 2000 war er erster Staatsminister für Kultur und Medien, bevor er zur *Zeit* wechselte und von dem Göttinger Philosophieprofessor Julian Nida-Rümelin abgelöst wurde, der wiederum seinerseits nur 21 Monate im Amt blieb.

Konstellation und Kommentare aus dem Sommer und Herbst 1998 richten paradigmatisch den Spot auf eine semantische Figur, die jünger ist, als man denken könnte: den ›Seiteneinsteiger‹ in ›der Politik‹, einen Grenzgänger ganz eigener Art. Um diese Figur und ihre Semantik soll es im Folgenden gehen. Der Aufsatz zeigt zunächst, dass die Redeweise von ›Seiteneinsteigern‹ – ähn-

8 Ebd.

9 »Nachgefragt. Seiteneinsteiger ins Kabinett«, in: Der Spiegel 31 vom 26.7.1998, <https://www.spiegel.de/politik/seiteneinsteiger-ins-kabinett-a-07b9a2e3-0002-0001-0000-000007940533> (letzter Zugriff 8.9.2023).

10 Gunter Hoffmann: »Außenseitern eine Chance. Die Politik gehört nicht den Parteien – sie braucht unabhängige Geister«, in: Die Zeit vom 30.7.1998, https://www.zeit.de/1998/32/199832.seiteneinsteiger.xml?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F (letzter Zugriff 8.9.2023).

11 Vgl. Moritz Küpper: Politik kann man lernen. Politische Seiteneinsteiger in Deutschland, Halle 2013, S. 9, der das Beispiel Stollmann ebenfalls als Aufhänger nutzt.

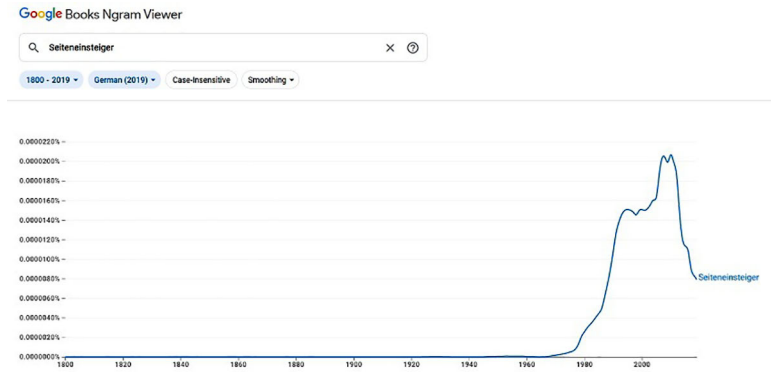
lich wie jene von ›Quereinsteigern‹¹² – erst im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts üblich wurde und zunehmend Verbreitung fand (2). Sodann gibt er einen Überblick über die vorhandene, jedoch nicht der Geschichts-, sondern der Politikwissenschaft entstammende Forschung zu ›Seiteneinsteigern‹ und ihren Kernthesen (3). Vor diesem Hintergrund fragt der Aufsatz schließlich, was die Konjunktur des ›Seiteneinsteigers‹ im späten 20. Jahrhundert erklären könnte – oder genauer: Er stellt Hypothesen zur Emergenz und Verbreitung der Redeweise auf und überlegt, was sie über verbreitete Vorstellungen von Politikern, ihren Eigenschaften sowie sich (kaum) verschiebenden Grenzen institutionalisierter ›Politik‹ aussagt (4). Am Ende wird deutlich geworden sein, dass die Stollmann-Episode vom Sommer 1998 keineswegs ein Zufall war, sondern sich inhaltlich wie semantisch passgenau in veränderte Settings politischer Kommunikation vor der Schwelle zum 21. Jahrhundert einpasste.

2 ›Seiten-‹ und ›Quereinsteiger‹ – Ein Phänomen des späten 20. Jahrhunderts

Die Untersuchung großer digitaler Korpora liefert eindeutige Ergebnisse – unabhängig davon, ob altbekannte oder neuere, avanciertere Tools genutzt werden: Die Rede von ›Seiteneinsteigern‹ und ›Quereinsteigern‹ setzte in Deutschland erst im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts ein. Dies zeigen die abgebildeten Ngram-Charts auf Basis des umfänglichen, jedoch wenig transparenten Korpus von *Google Books* genauso wie das mit dem Tool *DiaCollo* für den Zeitraum 1947 bis 2000 untersuchte Korpus des *Spiegel*, des führenden Print-Leitmediums der Bundesrepublik.

12 Aufgrund ihrer sehr ähnlichen Semantik werden beide Bezeichnungen (auch) in analytischer Perspektive im Folgenden synonym verwendet, nicht zuletzt, um die Zahl an Wortwiederholungen zu reduzieren.

Abb. 1: Verwendungshäufigkeit von ›Seiteneinsteiger‹ im Korpus von Google Books, 1800–2019



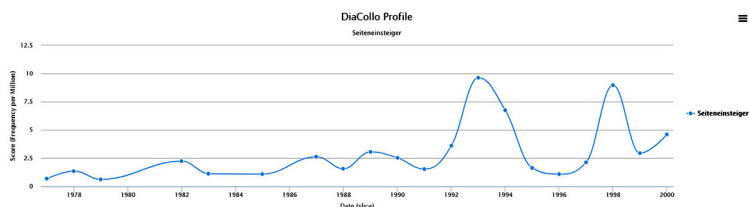
<https://books.google.com/ngrams/>

Abb. 2: Verwendungshäufigkeit von ›Quereinsteiger‹ im Korpus von Google Books, 1800–2019



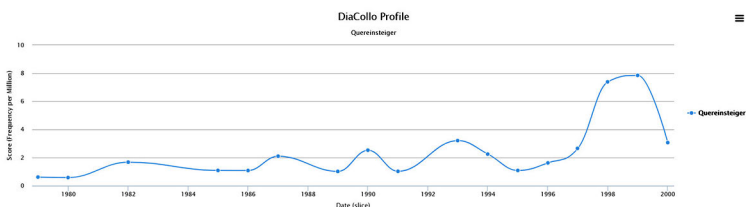
<https://books.google.com/ngrams/>

Abb. 3: Verwendungshäufigkeit (»Frequency per Million«) von »Seiteneinsteiger« im Nachrichtenmagazin *Der Spiegel*, 1947–2000 (sic!)



<https://kaskade.dwds.de/dstar/dta/diacollo/>

Abb. 4: Verwendungshäufigkeit (»Frequency per Million«) von »Quereinsteiger« im Nachrichtenmagazin *Der Spiegel*, 1947–2000 (sic!)



<https://kaskade.dwds.de/dstar/dta/diacollo/>

Derartige Charts verraten nichts über stabile oder sich verändernde Semantiken eines Begriffs und seinen pragmatischen Einsatz in konkreten Sprachgebrauchssituationen. Aber sie sind ein belastbarer Indikator für das Aufkommen einer Redeweise und ihre sich wandelnden Verwendungsfrequenzen. Hier zeigt sich prägnant, dass die Rede von »Seiten-« und »Quereinstieg«, also Deutungen eines Eintritts in einen Beruf oder eine Funktion jenseits der dafür üblichen oder vorgesehenen Wege, ab den 1980er und verstärkt in den 1990er Jahren an Verbreitung gewann. Der Duden führt das Lemma »Seiteneinsteiger« seit 1991.¹³ Neben dem Seiteneinstieg in die Politik bezogen sich diese Deutungen auf die Überwindung von Berufsgrenzen im engeren Sinne, wie das Ausüben des Lehrerinnenberufs ohne vorhergehendes

13 Vgl. Art. »Seiteneinsteiger, der«, <https://www.duden.de/rechtschreibung/Seiteneinsteiger> (letzter Zugriff 8.9.2023).

Lehramtsstudium. Diese Verwendungsweise des Begriffs ist auch gegenwärtig verbreitet. Sie kann sich auf den Eintritt in sämtliche Berufs- und Tätigkeitsfelder beziehen, deren Bezeichnung – anders etwa als bei ›Arzt‹ oder ›Ingenieurin‹ – rechtlich nicht geschützt ist.

Gleichwohl ist das Phänomen, darauf verwies bereits Peter Lösche mit seinen Beispielen, weit älter als der Begriff. Was seit dem späten 20. Jahrhundert als ›Seiteneinstieg‹ oder ›Quereinstieg‹ bezeichnet wird, muss offenkundig bis in die 1970er Jahre sprachlich anders gefasst worden sein.¹⁴ Mit einiger Plausibilität lässt sich unterstellen, dass der Begriff im späten 20. Jahrhundert aufkam, weil Zeitgenossen verstärkt auf die nun so bezeichnete Praxis aufmerksam wurden, sie thematisierten und für unterschiedliche Einzelbeobachtungen ein geeignetes Deutungsmuster im Sinne eines »übergreifende[n] sprachliche[n] Paradigma[s] der Wirklichkeitswahrnehmung und -interpretation« suchten.¹⁵ Semantischer und außersprachlicher, gesellschaftlicher oder politischer Wandel – so viel lässt sich bereits an dieser Stelle als Hypothese festhalten – sollten demnach in einem Bedingungsverhältnis zueinander gestanden haben.

3 Muster jenseits der Sprache – Ergebnisse der Politikwissenschaft

›Seiteneinsteigerinnen‹ markieren kein unerforschtes Terrain. Vielmehr haben sie bereits mehrfach wissenschaftliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen, interessanterweise vornehmlich jedoch erst in jüngster Vergangenheit, seit Beginn des 21. Jahrhunderts. Entsprechende Arbeiten stammen indes nicht aus der (zeit-)historischen, sondern der politikwissenschaftlichen Forschung.¹⁶ Genauso interessant – weil die Eingangsbefunde bestätigend –

14 Eine umfängliche historisch-semantische Analyse mit einem dezidiert onomasiologischen Fokus – das heißt einer Perspektive, die fragt, wie ein bestimmtes Phänomen zu einem bestimmten Zeitpunkt bezeichnet wurde – würde an diesem Punkt ansetzen. Aufgrund des begrenzten Raumes, den dieser Aufsatz bietet, kann diesen Spuren im Folgenden nicht nachgegangen werden; sie werden jedoch an einem prominenten Beispiel aus der Forschungsliteratur gestreift.

15 Diese Definition geht zurück auf Jörn Leonhard: *Liberalismus. Zur historischen Semantik eines europäischen Deutungsmusters*, München 2001, S. 21.

16 Vgl. als prägnante Beispiele: M. Küpper: *Politik kann man lernen* (mit einer eingehenden Darstellung des Forschungsstandes auf den S. 13–21); Robert Lorenz/Matthias Micus (Hg.): *Seiteneinsteiger. Unkonventionelle Politikerkarrieren in der Parteiendemokratie*, Berlin 2018, S. 1–10.

erscheint die Tatsache, dass eine der ersten Studien überhaupt zum Phänomen noch mit einem anderen Begriff arbeitete: Der Politikwissenschaftler Dietrich Herzog sprach in seinem 1975 veröffentlichten Buch zu »Politische[n] Karrieren« nicht vom »Seiteneinstieg«, sondern von der »cross-over«-Laufbahn – ein Terminus, den er aus den USA übernahm.¹⁷

Drei Merkmale kennzeichnen die neueren politikwissenschaftlichen Arbeiten: erstens ein analytisches Verständnis von »Seiteneinsteigern«, das die Historizität des Begriffs und Konjunkturen seiner Verwendung weitgehend ausblendet,¹⁸ zweitens eine Suche nach Faktoren für die Rekrutierung und den (Miss-)Erfolg politischer »Seiteneinsteigerinnen«, drittens nicht selten eine Fokussierung auf die Geschichte einzelner »Seiteneinsteiger«, anhand derer allgemeinere Merkmale, im Idealfall: Muster des politischen Quereinstiegs, herausgearbeitet werden. Daneben gibt es thematisch enger gefasste Arbeiten, die sich beispielsweise mit Seiteneinsteigerinnen in einzelnen Politikfeldern wie der Umweltpolitik¹⁹ oder in Institutionen wie dem Bundestag beschäftigen.²⁰

Die unmittelbaren Anschlussmöglichkeiten für die hier verfolgte Fragestellung sind mithin insgesamt begrenzt. Gleichwohl fallen wesentliche Einzelergebnisse für sich genommen spannend aus und sind in Teilen auch für die Argumentation dieses Aufsatzes relevant. Dies gilt beispielsweise für die Dissertation Armin Wolfs, des als kritischer Interviewer berüchtigten ORF-

kratie, Wiesbaden 2009; Nicola Mögel: »Quereinsteiger in Deutschland. Wie kommen Fachleute in die Politik?«, in: *Public Affairs Manager* 4/1 (2008), S. 1–32; Armin Wolf: *Image-Politik. Prominente Quereinsteiger als Testimonials der Politik*, Baden-Baden 2007, komprimiert in: ders.: »Prominente Quereinsteiger als Testimonials der Politik«, in: Andreas Khol et al. (Hg.): *Österreichisches Jahrbuch für Politik* 2004, München 2005, S. 619–668; Armin Wolf/Euke Frank: *Promi-Politik. Prominente Quereinsteiger im Porträt*, Wien 2006.

- 17 Dietrich Herzog: *Politische Karrieren. Selektion und Professionalisierung politischer Führungsgruppen*, Opladen 1975, S. 150–160, hier S. 150.
- 18 Vgl. M. Küpper: *Politik kann man lernen*, S. 30–34. Küpper bietet zwar einen kurzen Abschnitt zur »Begriffsgeschichte«, geht aber keineswegs dezidiert begriffshistorisch vor, sondern stellt Beispiele für unterschiedliche Verwendungsweisen des Begriffs aus jüngerer Vergangenheit nebeneinander, um so die Schwammigkeit des Terminus im wissenschaftlichen und Alltagssprachgebrauch zu zeigen.
- 19 Vgl. Felix Butzlaff: *Katastrophen brauchen Fachleute? Ökologie und Umweltpolitik mit Klaus Töpfer und Matthias Platzeck als politischen Seiteneinsteigern*, Marburg 2009.
- 20 Vgl. Stefanie Bailer et al.: *Politische Seiteneinsteiger im Deutschen Bundestag*, Wiesbaden 2013.

Moderators, und einen Aufsatz der Politikwissenschaftler Robert Lorenz und Matthias Micus in einem von ihnen herausgegebenen Sammelband, der die Laufbahnen verschiedener Seiteneinsteigerinnen vergleicht.

Primär am Beispiel Österreichs zeigt Wolf deutlich, dass vor allem prominente Seiten- beziehungsweise Quereinsteige in die Politik mindestens seit den 1960er Jahren vorkommen, in den 1990er Jahren aber quantitativ ebenso wie an politischer Relevanz zugenommen haben.²¹ Als Erstnachweis für den Begriff ›Quereinsteiger‹ führt er ein Zitat Jörg Haiders aus dem Jahr 1988 an; vorher habe man von »Bunten Vögeln« sowie »parteilosen oder unabhängigen Kandidaten« gesprochen.²² Im Kern vertritt Wolf die These, »dass die Nominierung prominenter Quereinsteiger eine *moderne Form politischer Kommunikation*« bedeute und diese zuallererst als »*Werbeträger der Parteien* dienen« sollten.²³ Sie seien nicht für das politisch-parlamentarische Tagesgeschäft gedacht, sondern würden als Gesichter für den Wahlkampf geschätzt. Oder wie Wolf zuspitzt: »Ihre Aufgabe liegt primär in der *Darstellung*, nicht in der *Herstellung* von Politik.«²⁴

In einer Basaldefinition des ›Seiteneinsteigers‹, auf die sich Lorenz und Micus beziehen, werden indirekt auch Grenzen und Grenzübertritte thematisiert. Aus dieser Perspektive unterscheiden sich ›Seiteneinsteiger‹ vom »Normaltypus des Politikers dadurch [...], dass sie zum Zeitpunkt ihres Einstiegs in die Politik bereits Erfolge in anderen Berufsfeldern vorweisen können« und sodann »von einem gesellschaftlichen Sektor [...] in einen anderen, die Politik«, wechseln.²⁵ Die Definition verweist zugleich auf weitere Merkmale, die bei der Redeweise vom politischen ›Seiteneinstieg‹ relevant sind und aktualisiert werden. So geht es eindeutig um das Feld der »Politik als Beruf«, ²⁶ nicht um politisches Handeln auf unteren Ebenen. Gleichzeitig gilt, dass Personen, die zu irgendeinem Zeitpunkt in ihrer Vergangenheit bereits

21 Vgl. A. Wolf: Image-Politik, S. 15 f.

22 Ebd., S. 354. Hervorhebungen im Original.

23 Ebd., S. 18. Hervorhebungen im Original.

24 Ebd., Hervorhebungen im Original.

25 Robert Lorenz/Matthias Micus: »Politische Seiteneinsteiger – Exoten in Parteien, Parlamenten, Ministerien«, in: dies. (Hg.): Seiteneinsteiger. Unkonventionelle Politikerkarrieren in der Parteiendemokratie, Wiesbaden 2009, S. 11–28, hier S. 12. Eine differenzierte Definition, die im Kern gleichwohl ähnlich ausfällt, bietet M. Küpper: Politik kann man lernen, S. 33–37.

26 Bezeichnungsprägend: Max Weber: Politik als Beruf, 11. Aufl., Berlin 2010.

ein beliebiges, gegebenenfalls noch so kleines Mandat, etwa in der Kommunalpolitik, innehatten, kategorial nicht mehr zu ›Seiteneinsteigern‹ werden können, im Unterschied zu Personen, die viele Jahre über eine ausschließlich passive Parteimitgliedschaft verfügen.²⁷ Zudem sind ›Seiteneinsteiger‹ in aller Regel Akteurinnen, die – wie erwähnt – bereits »Erfolge« gehabt haben, etwa in der freien Wirtschaft oder der Wissenschaft. Es handelt sich um ein Elitenphänomen, womit einhergeht, dass ›Seiteneinsteiger‹ nur bedingt Repräsentationsdefizite im parlamentarischen System ausgleichen können.²⁸ Zwar tragen sie dazu bei, die Dominanz von Parteikarrieristinnen zu brechen, verhindern aber keineswegs, dass in Parlamenten zahlreiche unterprivilegierte soziale Gruppen, beispielsweise Menschen ohne oder mit sehr niedrigem Bildungsabschluss, unterrepräsentiert sind. Die Tatsache, in aller Regel bereits in einem jenseits der Politik verorteten Gesellschaftsfeld ›erfolgreich‹ agiert zu haben, bedingt, dass ›Seiteneinsteigern‹ oft (nicht nur) medial ein »besseres Verständnis gesellschaftlicher Wirklichkeit« attestiert wird.²⁹ Diesem anfänglichen politischen Vorteil stehen die Abhängigkeit von Mentorinnen und der Mangel an Erfahrung mit den expliziten und impliziten Spielregeln von Parteien, Parlamenten, Ministerien und Hauptstadtberichtserstattung – und damit zahlreiche Hürden für ein auch politisch erfolgreiches Agieren – gegenüber.

In Deutschland und Österreich fallen ›Seiteneinsteigerinnen‹ des Weiteren besonders auf, weil beide Länder starke Parteiendemokratien sind und das Absolvieren langwieriger Parteilaufbahnen (›Ochsentour‹) den üblichen Weg darstellt, sich politisch zu professionalisieren und politische Wahlämter zu erlangen. In Staaten, in denen die Bedeutung solcher interner Parteikarrieren geringer ausfällt – hier heben Lorenz und Micus die USA hervor – sind ›Seiteneinstiege‹, selbst bei hohen Positionen wie denen der Gouverneure und Präsidenten, hingegen weit weniger exotisch.³⁰ So gelangten bekanntlich schon Schauspieler ins Weiße Haus.³¹ In der Summe führt dies zu dem paradoxen Phänomen, dass von analytischer Warte aus Seiteneinstiege in den USA spätestens seit dem stetigen Relevanzzuwachs der sogenannten

27 Auf beides weist hin: M. Küpper: Politik kann man lernen, S. 35, 37.

28 Vgl. R. Lorenz/M. Micus: Politische Seiteneinsteiger, S. 15 f.

29 Ebd., S. 17.

30 Vgl. ebd., S. 13–15.

31 Den Unterschied zu den USA, in denen Politiker wesentlich öfter als »selbstständige politische Unternehmer« auftreten, betont auch A. Wolf: Image-Politik, S. 355.

Vorwahlen ab den 1970er Jahren, die beinahe jeglichen Interessierten auch ohne eine vorherige Zustimmung von Parteigremien die Möglichkeit einer Kandidatur eröffnen, viel verbreiteter sind, aber wesentlich weniger als solche thematisiert werden.³²

4 Beweglich und starr: ›Seiteneinsteiger‹ als neue Figuren und die Grenzen ›der Politik‹

Setzt man die quantitativen Befunde zum veränderten Sprachgebrauch im späten 20. Jahrhundert zu den Ergebnissen der Politikwissenschaft in Beziehung, lassen sich mindestens fünf Thesen und Hypothesen zum ausgemachten Phänomen formulieren. Sie betreffen Aspekte auf unterschiedlichen Beobachtungsebenen.

4.1 Konsequenzen des Sprachgebrauchs: Stabilität ›der Politik‹ und Aktualisierung von Grenzvorstellungen

I. Die nicht explizit, aber indirekt vorhandenen Bemerkungen zum Verbreitungsgrad von ›Seiteneinstiegen‹ in die Politik, die seitens der Politikwissenschaft angebracht werden, konvergieren mit den eingangs präsentierten quantitativen Befunden. Demnach ist die Praxis des Seiteneinstiegs, wie vor allem Wolf deutlich betont, seit mindestens vier bis fünf Jahrzehnten beobachtbar, hat jedoch erst seit den vorgerückten 1980er Jahren merklich zugenommen. Insofern überrascht es nicht, dass sich zu dieser Zeit diskursiv eine neue Bezeichnung herausbildete, um das an Verbreitung gewinnende Phänomen zu benennen, und dass es sich dabei um einen Terminus handelte, der sowohl abstrahierend als auch anschaulich ausfiel. Viel spricht dafür, dass ›Seiteneinsteiger‹ und ›Quereinsteiger‹ unter diesen beiden Gesichtspunkten gegenüber Alternativbezeichnungen, zum Beispiel dem von Herzog verwendeten Terminus ›cross-over‹-Karriere, den Vorteil aufwiesen, in der politischen und vor allem der medialen Kommunikation von höherem Gebrauchswert zu sein; das heißt, sie setzten sich durch, weil sich mit ihnen ›erfolgreicher‹ kommunizieren ließ.³³

32 Vgl. ebd., S. 155 f.; R. Lorenz/M. Micus: Politische Seiteneinsteiger, S. 14.

33 An dieser Stelle orientiere ich mich an Differenzierungen der Modi semantischen Wandels, die Willibald Steinmetz vorgeschlagen hat: vgl. Willibald Steinmetz: »Vierzig

II. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass ›Seiten-‹ und ›Quereinstiege‹ nicht auf die Politik begrenzt sind, sondern in verschiedenen Berufsfeldern, nicht zuletzt der Schule, sukzessive weniger ungewöhnlich geworden sind.³⁴ Allgemeiner formuliert: Seit den 1970er Jahren wurden die Vorstellungen von ›Normallaufbahnen‹ im Berufsleben, die sich speziell seit Beginn des Industriezeitalters herausgebildet hatten, immer öfter irritiert, was Folge der sich in der Arbeitswelt sichtbar niederschlagenden Strukturbrüche »nach dem Boom« war, die von der zeithistorischen Forschung in den vergangenen anderthalb Dekaden herausgearbeitet worden sind.³⁵ Wie Lutz Raphael und Anselm Doering-Manteuffel herausstellen, veränderte der beschleunigte wirtschaftliche Strukturwandel die »Wahrnehmung des Erwerbslebens und das Selbstverständnis der Arbeitsgesellschaft« grundlegend und machte den »Weg zu stabilen, dauerhaften Arbeitsverhältnissen [...] länger« und komplexer.³⁶ Somit erscheint es plausibel, im verbreitet notwendiger gewordenen Wechsel von Arbeitsfeldern innerhalb einer Berufsbiografie ebenfalls eine Erklärung für das Aufkommen des Begriffs – oder genauer: die Notwendigkeit, das Phänomen auf ein Deutungsmuster zu bringen – auszumachen.

III. Verbleibt man bei der Politik und fragt, was sich im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts strukturell so verändert hat, dass ›Seiteneinstiege‹ im analytischen wie sprachlichen Sinne zunahmen, verweist die konsultierte Literatur auf mindestens drei beachtenswerte Faktoren: So charakterisieren Lorenz und Micus – erstens – die 1970er Jahre als Phase »politisierender Professoren« und der »zeitweilige[n] Versöhnung von Geist und Macht«, was erkläre, warum sich

Jahre Begriffsgeschichte – The State of the Art«, in: Heidrun Kämper/Ludwig M. Eichinger (Hg.): Sprache – Kognition – Kultur. Sprache zwischen mentaler Struktur und kultureller Prägung, Berlin 2008, S. 174–197, hier S. 189.

34 Als Beispiel aus jüngster Vergangenheit vgl. Silke Hooch: »Als Seiteneinsteiger in den Lehrerberuf. Der härteste Umbruch meines Lebens. Zehntausende Lehrer fehlen künftig bundesweit – eine Chance für Seiteneinsteiger.«, in: Spiegel Online vom 11.4.2019, <https://www.spiegel.de/karriere/lehrer-mangel-ein-seiteneinsteiger-b-erichtet-aus-der-schule-a-1261838.html> (letzter Zugriff 8.9.2023).

35 Hierzu programmatisch: Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, 2. ergänzte Aufl., Göttingen 2010; dies./Thomas Schlemmer (Hg.): Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom, Göttingen 2016.

36 A. Doering-Manteuffel/L. Raphael: Nach dem Boom, S. 52–60, Zitate S. 55.

in dieser Dekade für nicht wenige Wissenschaftler ein »temporäre[s] Chancfenster« für den Weg in die Politik geöffnet habe.³⁷ Zweitens stellen sie heraus, dass speziell in grundlegenden politischen Umbruchs-, Reform- oder Krisenphasen – beispielsweise im Zuge der Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1990 – Seiteneinsteiger den Weg in die Politik fänden;³⁸ Angela Merkel kann in dieser Sicht als »Königin der Seiteneinsteiger« gelten.³⁹ Insgesamt machen Lorenz und Micus so plausibel, warum die Zahl der analytisch als ›Seiteneinsteiger‹ geltenden Akteurinnen in den letzten zwei bis drei Dekaden des 20. Jahrhunderts merklich gestiegen ist.

Wolf verweist, drittens, unabhängig von einzelnen Akteursgruppen oder ereignisgeschichtlich bedingten Umbruchphasen auf einen weiteren relevanten Faktor: die Erosion fester Parteibindungen im Zusammenspiel mit dem Wandel politischer Kommunikationsmodi, deren Auswirkungen sich spätestens in den 1990er Jahren immer handfester gezeigt hätten. Weil die Zahl der Stammwähler stetig zurückgehe, müssten Parteien mit neuen Mitteln versuchen, Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, Vertrauen zu erzeugen und das eigene Programm symbolisch verdichtet greifbar werden zu lassen.⁴⁰ Hierbei hätten Seiteneinsteiger für sie großen Wert. In Wolfs Perspektive speist sich die zunehmende Attraktivität von Seiteneinsteigerinnen für Parteien aus ihrem Potenzial, Überraschungsmomente zu erzeugen und als im Idealfall bekanntes, aber ›unverbrauchtes‹ und insbesondere vertrauenswürdige Werbegesicht, das in anderen Gesellschaftsbereichen Kompetenz bewiesen und Erfolg erlangt habe, zu fungieren und so zu mobilisieren.⁴¹ Angesichts dessen ermöglichten sämtliche größeren politischen Parteien Österreichs inzwischen parteilosen Kandidatinnen, einen Platz auf ihren Wahllisten zu erhalten; als letzte habe sich 1998/99 die SPÖ per Statutenänderung für diese Option geöffnet.⁴² Wolfs Argumentation trifft sich mit Beobachtungen, die

37 R. Lorenz/M. Micus: Politische Seiteneinsteiger, S. 18.

38 Vgl. ebd., S. 18 f. sowie dies.: »Die flüchtige Macht begabter Individualisten«, in: dies. (Hg.): Seiteneinsteiger, S. 487–504, hier S. 492 f. Ähnlich argumentiert auch M. Küpper: Politik kann man lernen, S. 330.

39 Michael Schlieben: »Angela Merkel – die Königin der Seiteneinsteiger«, in: Robert Lorenz/Matthias Micus (Hg.): Seiteneinsteiger. Unkonventionelle Politikerkarrieren in der Parteiendemokratie, Wiesbaden 2009, S. 431–455.

40 A. Wolf: Image-Politik, S. 357.

41 Ebd., S. 357, 368. Vgl. auch R. Lorenz/M. Micus: Die flüchtige Macht, S. 487–504, hier S. 489.

42 Vgl. A. Wolf: Image-Politik, S. 16, 356.

Thomas Mergel zum Wandel der Wahlkampfkultur in der Bundesrepublik ab Mitte der 1980er Jahre gemacht hat. Auch er stellt heraus, dass sich von diesem Zeitpunkt an die »Bedingungen für politische Kommunikation« nachhaltig verändert hätten, unter anderem, weil der Politik infolge eines medialen Wandels »ein Aufmerksamkeitsproblem« erwachsen sei, die »etablierte Politik« zunehmend »mit Akzeptanzproblemen zu kämpfen« (>Politikverdrossenheit<) und die Wechselwählerschaft stark zugenommen habe.⁴³ Gleichzeitig sei die Zahl deutlicher Unterscheidungsmerkmale zwischen den politischen Parteien geschrumpft, weshalb es für »Wahlkampfstrategen« stetig herausfordernder geworden sei, »Alleinstellungsmerkmale für ihre Partei zu behaupten und die Bürger für Wahlen [...] zu interessieren«.⁴⁴ Obgleich Mergel Relevanz und Funktion von Seiteneinsteigern an dieser Stelle außen vor lässt, skizziert er doch Konstellationsbedingungen einer veränderten politischen Kultur und (Wahlkampf-)Kommunikation, die ihren Nutzen einleuchtend erscheinen lassen und so Wolfs Argumentation stützen.

Darüber hinaus ist festzuhalten, dass nicht nur etwaige Prominenz Seiteneinsteigerinnen zu einem Faktor macht, der für Strategien der politischen Kommunikation nützlich sein kann. Genauso können Seiteneinsteiger für eine spezifische Form von – seit dem vorgerückten 19. Jahrhundert immer stärker nachgefragtem und erfolgreichem – Wissenstransfer in die Politik stehen, bei dem es sowohl um Praxis- beziehungsweise Anwendungswissen als auch um wissenschaftliches Wissen gehen kann.⁴⁵ In dieser Perspektive können Quereinsteiger einen spezifischen Typus von Expertentum in der Politik – oder genauer: im Angebot politischer Parteien – verkörpern, der sich von der langen Tradition der externen Politikberatung kategorial unterscheidet.⁴⁶

43 Thomas Mergel: *Propaganda nach Hitler. Eine Kulturgeschichte des Wahlkampfes in der Bundesrepublik 1949–1990*, Göttingen 2010, S. 356–358.

44 Ebd., S. 358.

45 Vgl.: F. Butzlaff: *Katastrophen brauchen Fachleute*, S. 127; R. Lorenz/M. Micus: *Die flüchtige Macht*, S. 489. Zum Zusammenhang zwischen der Emergenz der Sozialfigur des Experten und der breiten Entfaltung wissenschaftsbasierter politischer Entscheidungsprozesse im 19. Jahrhundert vgl. konzipierte Felix Selgert: »Externe Experten in Politik und Wirtschaft: Einleitung«, in: ders. (Hg.): *Externe Experten in Politik und Wirtschaft*, Berlin 2020, S. 9–29, hier S. 10 f.

46 Vgl. Wilfried Rudloff: »Politikberatung als Gegenstand historischer Betrachtung. Forschungsstand, neue Befunde, übergreifende Fragestellungen«, in: ders./Stefan Fisch (Hg.): *Experten und Politik. Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive*, Berlin 2004, S. 13–57, hier S. 28.

Kurzum: Alle drei genannten Faktoren bieten nachvollziehbare Gründe dafür, warum die Zahl an Seiteneinsteigern in der Politik gegen Ende des 20. Jahrhunderts deutlich stieg, was das leicht zeitversetzte Aufkommen der Redeweise mit hoher Wahrscheinlichkeit wesentlich mitbedingte. Welche Konsequenzen aber ergaben sich aus dem Sprachgebrauch? Welche Vorstellungen von Politik und der Struktur des Politischen transportierte und aktualisierte er?

4.2 Konsequenzen des Sprachgebrauchs: Stabilität ›der Politik‹ und Aktualisierung von Grenzvorstellungen

IV. Was passiert, wenn speziell in Medien – in parlamentarischer Kommunikation finden sich die Termini selten und kaum als Selbstbezeichnung von Politikern⁴⁷ – von ›Seiteneinsteigern‹ oder ›Quereinsteigern‹ die Rede ist, lässt sich zunächst auf zwei Aspekte verdichten: Zum einen erscheint ein Akteur, sobald ihm das Etikett ›Seiteneinsteiger‹ zugeschrieben wird, als Grenzgänger, als eine Figur, die ihrem bisherigen Wirkungsbereich nicht mehr vollumfänglich verhaftet ist, aber auch (noch) kein vollständiger, vor allem kein gewöhnlicher Politiker ist, sich vielmehr von diesem abhebt.⁴⁸ Zum anderen aktualisiert die Redeweise Vorstellungen von ›der Politik‹ und der Identität von ›Politikern‹, indem ›Seiteneinsteiger‹ implizit von ihnen unterschieden werden und das Verständnis von ›Politiker‹ auf ›Berufspolitiker‹ zugespitzt beziehungsweise reduziert wird.⁴⁹ Was ›die Politik‹ meint und auszeichnet, wie sich Akteure in

47 Eine Volltextsuche in sämtlichen Plenarprotokollen des Deutschen Bundestags, durchführbar unter <https://dip.bundestag.de/experten-suche?>, führt für den Begriff ›Seiteneinsteiger‹ bis heute zu lediglich vierzig Treffern, wobei der Ersthinweis vom Juni 1977 datiert. In mehr als 75 Prozent der Belegstellen geht es um Seiten- und Quereinsteige in Ausbildungs- und Berufsfelder jenseits der Politik, etwa im Schulwesen.

48 Ein spannendes Beispiel dafür, wie sich dieser Eindruck langfristig abschwächen und doch punktuell wieder aktualisiert werden kann, stellte Karl Lauterbach dar. Seit seinem ersten Einzug in den Bundestag 2005 wurde er einerseits sukzessive zum ›klassischen‹ Politiker – inklusive einer Kandidatur für den SPD-Vorsitz 2019 und der Übernahme eines Ministeramts ab 2021 –, wollte andererseits in den ersten beiden Jahren der Corona-Pandemie 2020/21 wiederholt ausdrücklich nicht als ›Politiker‹, sondern als ›Wissenschaftler‹ sprechen und wurde mitunter auch so wahrgenommen.

49 Zum Bedingungsverhältnis von Grenzüberschreitungen, Rollenzuschreibungen und so gegebenenfalls ausgehandelten Identitätsvorstellungen vgl. allgemein Uta Fenske/Daniel Groth/Matthias Weipert: »Einleitung«, in: dies. (Hg.): Grenzgang – Grenzgänge-

der Politik im Unterschied zu anderen Gesellschaftsbereichen verhalten müssen, um (zum Beispiel Wahl-)Erfolge zu erzielen, ist in den entsprechenden Sprachgebrauchssituationen bemerkenswert klar. So wird durch jeden Ausruf eines politischen ›Seiteneinstiegs‹ die Vorstellung von ›der Politik‹ erneuert – und diese im Kern auf Parteien sowie staatliche (Wahl-)Ämter und parlamentarische Funktionen verdichtet. Anders formuliert: Im Kontext der Redeweise vom ›Seiteneinstieg‹ wird ›Politik‹ in aller Regel mit institutionalisierter und professionalisierter Politik, mithin einer klar definierbaren Sphäre, gleichgesetzt.

V. Letztgenannter Aspekt verweist somit auf ein auffallend stabiles und unbestrittenes Verständnis von ›Politik‹ und ihren Grenzen. Damit hebt sich die professionalisierte ›Politik‹, durch staatliche Institutionen und Parteien organisiert und repräsentiert und in Deutschland im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts entstanden, von übrigen Politik-Semantiken merklich ab.⁵⁰ Denn insgesamt zeichnet sich das Politikvokabular im deutschsprachigen Raum seit dem frühen 19. Jahrhundert durch Pluralisierungen des Sprachgebrauchs aus, die in der Tendenz eher Unübersichtlichkeit, Uneindeutigkeit und unscharf konturierte Grenzverläufe erzeugt haben. ›Das Politische‹ – als großer gefasster Handlungs- und Kommunikationsraum verstanden und als Sprachfigur in Form einer Substantivierung des Adjektivs ›politisch‹ ebenfalls Anfang des 19. Jahrhunderts aufgekommen – dehnte sich im Verlauf des 20. Jahrhunderts immer weiter aus.⁵¹ Was als ›politisch‹ aufgefasst und bezeichnet, mithin politisiert werden konnte, war kaum mehr begrenzt und erst recht nicht auf die institutionalisierte, sogenannte hohe Politik und ihre berufsmäßigen Akteure beschränkt.⁵² Auch das erklärt, warum verschiedene

rinnen – Grenzgänger. Historische Perspektiven. Festschrift für Bärbel P. Kuhn zum 60. Geburtstag, St. Ingbert 2017, S. 11–16, hier S. 16.

50 Vgl. Ulrich Meier/Martin Papenheim/Willibald Steinmetz: Semantiken des Politischen. Vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert, Göttingen 2012, S. 84. Vgl. früh grundlegend zum Politikbegriff: Volker Sellin: Art. Politik, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 4, Stuttgart 1978, S. 789–874.

51 Eine Reflexion des Unterschieds und die sprachlich-dezierte Trennung von ›Politik‹ und ›dem Politischen‹, heute analytisch als »politische Differenz« bezeichnet, erfolgte erst im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, vor allem durch Carl Schmitt: vgl. U. Meier/M. Papenheim/W. Steinmetz: Semantiken, S. 85.

52 Vgl. ebd., S. 83.

Geistes- und Sozialwissenschaften, nicht zuletzt die Geschichtswissenschaft, ihren Fokus in den letzten Dekaden immer stärker auf ›das Politische‹ verlagert haben⁵³ und mitunter gar konstatieren mussten, dabei werde offenbar der »Begriff des Politischen [...] sich selbst unsicher«.⁵⁴ Zugleich etablierte sich eine Redeweise, welche ›die Politik‹ zu einem nicht genauer ausbuchstabierten »Als-ob-Subjekt« erhob und ihr zahlreiche Aufgaben und Verantwortungen zuschrieb, ohne zu benennen, welche Akteurinnen genau gemeint waren (›Die Politik muss...‹, ›Es ist Aufgabe der Politik, dass...‹ usw.).⁵⁵ Hier war ›die Politik‹ – anders als im Kontext der Rede über ›Seiten-‹ oder ›Quereinsteiger‹ – gerade keine präzise beschriebene und abgegrenzte Sphäre, und die gemeinten Akteure blieben unbenannt, was den pragmatischen Wert der Redeweise freilich erhöhte.⁵⁶

Neben der Ausdehnung des Politikvokabulars samt seiner Anwendung auf immer mehr mögliche Objekte, die weder linear verlief noch einem leicht identifizierbaren Muster folgte, sind seit dem 19. Jahrhundert zwischen der ›Politik‹ und anderen Sphären semantische Kämpfe um Grenzen, Zuständigkeiten und etwaige Primate – prominent etwa zwischen Politik und Ökonomie – zu beobachten.⁵⁷ Angesichts dessen hätte es nicht überrascht, wenn die Berichterstattung über ›Seiteneinsteiger‹ derartige Debatten neu befeuert hätte. So hätte sie am Beispiel der jeweiligen Person etwa zu der Frage führen können, inwieweit sich oft separiert gedachte Sphären doch überlagern, sich ihnen zugeschriebene Handlungslogiken ähneln und das Politische auch in einer Perspektive, die klar auf einzelne, oft prominente Akteure fokussiert, als weiter und komplexer Raum erscheint. Genau das aber blieb auch am Ende des 20. Jahrhunderts in der Regel aus. Vielmehr aktualisierte die Rede von ›Seiten-‹ oder ›Quereinstieg‹

53 Vgl. Tobias Weidner: »Begriffsgeschichte und Politikgeschichte«, in: *Geschichte und Gesellschaft* 44/1 (2018), S. 29–53, hier S. 31–35.

54 So eine berühmte und gern zitierte Feststellung der Soziologen Armin Nassehi/Markus Schroer: »Einleitung«, in: dies. (Hg.): *Der Begriff des Politischen*, Baden-Baden 2003, S. 9–13, hier S. 9. Beide schränken die These allerdings sogleich ein, indem sie betonen, dass die Soziologie seit jeher Probleme gehabt habe, das Politische eindeutig zu fassen.

55 U. Meier/M. Papenheim/W. Steinmetz: *Semantiken*, S. 80–82, Zitat S. 80.

56 Vgl. ebd., S. 81 f.

57 Vgl. ebd., S. 87–109. Als Musterbeispiel für derartige semantische Kämpfe um Abgrenzungen und Rangfolgen vgl. Stefan Scholl: *Begrenzte Abhängigkeit. »Wirtschaft« und »Politik« im 20. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. 2015.

die »Vorstellung von Politik als Sphäre eigener Art«, als »relativ autonomes System mit eigenen Gesetzlichkeiten, Funktionen und Verhaltenscodes«. ⁵⁸

Von der »grenzgeschichtlichen« Warte aus, die dieser Aufsatz eingenommen hat, ergibt sich somit ein paradoxer Befund. Denn in dieser Perspektive erscheint der »Seiteneinsteiger« als ein Grenzgänger, der Grenzen und Identitäten eher stabilisiert, als sie zu irritieren. Künftigen vergleichenden Blicken auf »Seiteneinsteigerinnen«, die als Grenzgängerinnen zwischen anderen gesellschaftlichen Sphären balancieren, bleibt es überlassen, zu zeigen, ob »die Politik« dabei einen Sonderfall markiert oder ein Muster aufdeckt.

58 Vgl. U. Meier/M. Papenheim/W. Steinmetz: Semantiken, S. 84.